

Zum 20. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V.

Horst Parton, Vorsitzender

Der 20. Jahrestag der Gründung der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. ist würdiger Anlass für die Rückschau auf lange Jahre gemeinsamen Kampfes in sich immer wieder bewährender Solidarität. Er ist uns Anlass, jene besonders zu ehren, die an vorderster Stelle mutig und entschlossen den Kampf gegen das Rentenstrafrecht aufgenommen haben und ihn selbstlos und einsatzbereit bis in die heutige Zeit fortsetzen. Alle Mitglieder kennen die für sie erreichten spürbaren Verbesserungen bei der Rentenberechnung, aber auch die weiterhin ungelösten Probleme.

Grund zum Feiern ist dieser 20. Jahrestag nicht. Das selbst 20 Jahre nicht ausreichten, um den Rechtsfrieden herzustellen, ist eine Zumutung für alle Betroffenen.

Nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahre 1990 wurde versäumt, die innere Einheit der Bevölkerung zu gestalten. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck traf die Feststellung, dass die Hebel der Macht in Ostdeutschland zu 90 % in westdeutschen Händen liegen (ND vom 19.05.2011). Die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West stagniert. Ostdeutschland bleibt ein Niedriglohngebiet mit hoher Arbeitslosigkeit und höherem Armutsrisko.

In letzter Zeit wird auffallend häufig über Versöhnung gesprochen. Auch der neue Leiter der »Stasi-Unterlagen-Behörde«, Roland Jahn, wünscht sich angeblich Versöhnung. Er bringt es sogar fertig, sein Mobbing gegen langjährig beschäftigte ehemalige Angehörige des MfS als Akt der Versöhnung zu verkaufen (ND vom 19.05.2011).

Für Klartext sorgte in diesem Zusammenhang Egon Bahr. Er nahm den 75. Geburtstag Manfred Stolpes zum Anlass, sich grundsätzlich zum Thema Versöhnung zu äußern. Er bezeichnete die Ansicht von Marianne Birthler, wonach Versöhnung keine politische Kategorie, sondern etwas Persönliches sei, als Unsinn. Eine solche Einengung schließe aus, dass sich Völker mit-



einander versöhnen und das eigene Volk seine innere Einheit finden könne. Am Beispiel der Versöhnung mit Polen unterstrich er, dass Versöhnung ohne Vergessen der Vergangenheit durchaus möglich sei (Tagesspiegel vom 17.05.2001).

Es war wohl auch das Geheimnis der Popularität Manfred Stolpes, dass er es eigenen Äußerungen zufolge für wichtig ansah, »dass sich Leute nicht jeden Tag dafür entschuldigen müssen, dass sie in der DDR gelebt haben, nicht abgehauen sind und nicht im Knast gesessen haben« (RBB, 16.05.2011, 21:00 Uhr).

Während also – wie z.B. die Debatten um die »Aufarbeitung der Aufarbeitung« im Land Brandenburg zeigen – die Hasspropaganda gegen die DDR, wie gehabt mit dem Lieblingsthema »Stasi«, neue Höhenflüge erreicht, melden sich manchmal auch Stimmen der Besonnenheit und Vernunft.

Erfreulich deutlich hat sich jetzt auch das Komitee des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte geäußert. Es hatte am 6. und 9. Mai 2011 den periodisch vorzulegenden

– aktuell den 5. – Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Menschenrechtskonvention) erörtert und dazu am 20. Mai 2011 Concluding Observations (abschließende Bemerkungen) angenommen.

Unter Punkt 22 dieser Stellungnahme ist ausgeführt: »Das Komitee ist besorgt über die Diskriminierung hinsichtlich der Rechte über soziale Sicherheit zwischen den östlichen und den westlichen (Bundes-)Ländern, wie sie in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli 2010 über die Renten der Minister und stellvertretenden Minister zum Ausdruck kommen. Das Komitee fordert den Vertragsstaat auf, unverzüglich effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die weitere Diskriminierung hinsichtlich der sozialen Sicherheit zwischen Ost und West zu beseitigen und bestehende Fälle einer solchen Diskriminierung zu beseitigen.«

Das haben wir mit zu beachten, wenn wir die uns alle bewegende Frage beantworten wollen, ob unser Kampf für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes Aussicht auf Erfolg hat.

Ginge es allein um Recht und Gesetz, wäre das Strafrechtsystem längst beseitigt. Haupthindernis ist der politische Wille der Herrschenden, die auf Rache an ihren einstigen politischen Gegnern nicht verzichten wollen.

Damit stellt sich automatisch die Frage, ob sich Gerichte allgemein und speziell das Bundesverfassungsgericht zu bloßen Vollstreckern politischen Willens degradieren lassen. Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein das System stabilisierendes Element. Mit politischen Urteilen aber wird stets die Glaubwürdigkeit der Staats- und Rechtsordnung aufs Spiel gesetzt. Der Rechtsstaat als Korrektiv kurzsichtiger, populistischer Entscheidungen der Politik verliert seine eigentliche Funktion zur Befriedung innerer Konflikte. Die politische Gleichschaltung der Justiz öffnet demzufolge den Weg in politische Willkür.

Anfang dieses Jahres haben wir in **ISOR aktuell** eingeschätzt, dass das Jahr 2011 zum Jahr der Entscheidung werden kann. In gewisser Weise scheint sich das zu bestätigen. Die Verhandlung zu den Verfahren zum § 7 AAÜG wird wahrscheinlich im Sommer 2011 vor dem Bundessozialgericht (BSG) in Kassel erfolgen. In Abhängigkeit von der Entscheidung des BSG (Vorlagebeschluss für das BVerfG oder Zurückweisung) bleibt ggf. in der gesetzlichen Frist von vier Wochen der Weg einer Verfassungsbeschwerde beim BVerfG offen. Wir stehen also möglicherweise noch in diesem Jahr vor der Tür des BVerfG!

Für die Verhandlung vor dem BSG und ggf. für eine Verfassungsbeschwerde sind wir gut aufgestellt. Sowohl das bekannte sozialwissenschaftliche Gutachten als auch ein solides verfassungsrechtliches Gutachten sind gemeinsam mit einer gründlich vorbereiteten juristischen

>>> Fortsetzung von Seite 1

Argumentation geeignet, neue rechtserhebliche Tatsachen zu den tragenden Feststellungen bisheriger Entscheidungen zu präsentieren.

Allein die hohe Zahl der ca. 125.000 Betroffenen und ihre differenzierte Zusammensetzung belegen, dass eine höchstrichterliche Behandlung angemessen und nötig ist. (Zum Vergleich: vom § 6, Absatz 2 AAÜG sind nach gerichtlichen Angaben lediglich 1.000 bis 1.200 Personen betroffen, was das Rentenunrecht auch in diesen Fällen selbstverständlich nicht rechtfertigt.)

Wie das BVerfG entscheidet ist nicht vorhersehbar. Es kann allerdings – wenn es an die Souveränität früherer Entscheidungen anknüpft – versöhnend und befriedend wirken und sich von dem Verdacht freihalten, Eingriffe der Nazis in die Wertneutralität des Sozialrechtes (Ren-

tenrechtliche Sonderbehandlung sog. »Volks-schädlinge«) wieder aufleben zu lassen.

ISOR lebt und kämpft nicht im luftleeren Raum. Gerade die Unterschriftensammlung zu unserer Petition gegen das Strafrentensystem hat überzeugend belegt, wie viele Sympathisanten, Freunde und Verbündete an unserer Seite stehen, und das oft schon über lange Zeit. 73.500 Unterschriften und die erreichte Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages – das war ein großer politischer Erfolg in der Geschichte der ISOR.

Wir haben diese erlebte Solidarität niemals als Einbahnstraße betrachtet, waren und sind unsererseits bereit, Vorhaben und Aktivitäten gegen den fortschreitenden Sozialabbau, für die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West, gegen Nazis und Kriegstreiberei konstruktiv zu unterstützen. Der Kampf gegen die Straf-

renten ist nur ein Teilabschnitt in den sozialen Kämpfen unserer Zeit, die auch nach der Entscheidung zu unserem Problem nicht beendet sein werden. Auch politische Parteinahme ist gefragt, Bürgerbeteiligung bei konkreten Projekten, schwerpunktmaßig im Seniorenbereich auch über Parteidgrenzen hinweg. Ein weites Feld ist die Auseinandersetzung um die historischen Wahrheiten und ihre Bedeutung für die heutige Zeit. Das alles bewältigen wir selbstverständlich in realer Einschätzung unserer konkreten Möglichkeiten und bei Beachtung unserer Satzung als Sozialverein.

Wir können mit Stolz auf 20 Jahre ISOR zurückblicken und schöpfen daraus Mut und Zuversicht für den vor uns liegenden Kampf gegen den Missbrauch des Sozialrechtes als Strafrecht. □

Mit Strafrente in die Altersarmut ?

Harry Thomas, Mitglied des Vorstandes

Oftmals wird gefragt, was versteht man eigentlich unter Armutsgrenze und wie erfolgt die Berechnung des sogenannten äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens. Nach der OECD-Skala wird das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung aller Haushaltsmitglieder mit dem Faktor 1 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, mit dem Faktor 0,5 für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt und mit dem Faktor 0,3 für Kinder berechnet. Als arm werden all jene Menschen verstanden, denen pro Monat weniger als 50 Prozent des äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens zur Verfügung stehen. Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2009 das Medianeinkommen und die Armutskoten für Deutschland benannt. Danach lag das durchschnittliche äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen bei 1.335 € pro Monat. Die Armutsgrenze läge demnach bei 668 € pro Monat, die Armutgefährdungsschwelle (60 %) bei 801 € pro Monat.

Parteien, Gewerkschaften, wissenschaftliche Einrichtungen und Sozialverbände beschäftigen und äußern sich zur Zeit intensiv zu Problemen der Entwicklung des Lebensstandards der künftigen Rentnergenerationen in Deutschland. Das Thema Altersversorgung im Anschluss an die Beendigung der Erwerbstätigkeit rückte vielerorts in den Vordergrund. Gilt es doch, Ursachen, aktuelle Erscheinungsformen und Auswege zur Abwehr bzw. Verhinderung drohender Altersarmut zu finden. Viele Menschen im Alter von 40 und 50 Jahren werden von der Besorgnis getrieben, stärker als in der Vergangenheit über ihre Altersver-

sorgung – sprich Rente mit 65 – nachzudenken. Nach dem Beitritt der DDR zur BRD wurden in den auf dem Territorium der DDR neu gegründeten Länder radikale Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgeführt. Praktisch wurden alle Lebensbereiche auf das bundesdeutsche Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftssystem getrimmt und das ohne Rücksicht auf Verluste. Für die Menschen in den neuen Bundesländern wirkte sich das besonders verheerend im Wirtschafts- und Sozialbereich aus. Bisher nicht bekannte Arbeitslosigkeit, politische Verfolgung, Diskriminierung, Lohndumping, Zerschlagung des Gesundheits- und Bildungssystems, usw., usw. waren der neue Alltag der Neubürger. Und er ist es leider auch noch heute. Die Wirtschaft der DDR wurde nahezu komplett zerschlagen und das komplette DDR-Wirtschaftspotential vereinnahmt. Spekulanten bemächtigten sich des durch die Bevölkerung geschaffenen Volkseigentums.

Durch das Überstülpen des bundesdeutschen Währungssystems waren die umfangreichen wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen der DDR von einem auf den anderen Tag wertlos. Aber nicht nur das, auch Rentenkassen, Auslandsvermögen, Kulturgüter usw. wurden kassiert und nach bundesdeutscher Art vereinnahmt. Die Interessen der Menschen, bis auf eine Reihe von Wendegegnern, wurden so gut wie nicht berücksichtigt. Der so genannte Aufbau Ost, d.h. die versprochenen blühenden Landschaften, sollte zügig erfolgen bzw. geschaffen werden. Tatsächlich hielt man sich lediglich die ungeliebte Konkurrenz vom Hals. Dies alles führte in der wei-

teren Folge zu einem rigorosen Um- und Abbau des sozialen Leistungssystems in Deutschland. Ich möchte hier nur auf die markantesten Schritte eingehen, von denen die Politik durch Einschnitte in das Wirtschafts- und Sozialgefüge geprägt ist – alles mit der offiziellen Begründung, die Wirtschaft muss von Nebenausgaben und Steuern entlastet werden.

1. Gravierende Veränderungen wurden auf dem Arbeitsmarkt durch- und eingeführt. Verstärkte Kurzarbeit, Minijobs und Leiharbeit brachten z. B. ca. 3,2 Millionen Arbeitslose, 1 Million in Leiharbeit, über 7 Millionen geringfügig Beschäftigte und über 2,3 Millionen Soloselbstständige.

2. Empfindliche Einschnitte im Gesundheitswesen, von denen die Patienten schmerzhafte Auswirkungen verspürten, wie Zuzahlungen auf Medikamente und Krankenhausaufenthalten sowie Abgaben bei Arztbesuchen.

3. Minderung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Die rechtlichen Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) wurden seit dem Jahre 1996 mehrfach geändert, was letztlich dazu führte, die Rentenzahlbeträge zu senken, die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung abzukoppeln, das Ziel einer lebensstandardsichernden Rente aufzugeben sowie die schrittweise Absenkung des Rentenniveaus auf ca. 40 % bis etwa zum Jahre 2030.

4. Der »Kalte Krieg« wurde mit der Einverleibung der DDR in die BRD für beendet erklärt. Die Sozialpolitik hatte als Waffe in dieser Auseinandersetzung ihren Zweck erfüllt. Zugeständnisse an die Bevölkerung im Lande, die man ja eigentlich nie wollte, und Lockmittel an die Bürger der DDR waren nicht mehr nötig.

>>> Fortsetzung auf Seite 3

>>> Fortsetzung von Seite 2

Im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 und in Äußerungen maßgeblicher Sozialpolitikexperten der CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Jahre 2011 wurde verschiedentlich die Aussage getroffen, Altersarmut sei bisher noch kein akutes Problem (ca. 2,4 % der GRV-Empfänger). In diesem Zusammenhang möchte ich herausstellen, Altersarmut steht uns und den folgenden ISOR-Generationen nicht nur bevor, wir haben sie schon, müssen damit leben und kämpfen vor allem mit den uns möglichen juristischen Mitteln dagegen an.

Hier wende ich mich besonders an die uns nachfolgenden Jahrgänge ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Es ist ein Irrtum davon auszugehen, dass die seit 1990 erworbenen Anwartschaften und Erwerbszeiten für die Sicherung des Lebensstandards nach 65 ausreichend seien. Auf rentenmindernde Faktoren habe ich bereits hingewiesen. Ich möchte aus der Fülle von Argumenten und Begründungen für den stetigen Abstieg in der Altersversorgung hinzufügen: Im Jahre 2009 waren die Altersrenten der neuen Rentner (Zugänge) in Deutschland-Ost um 178 € und in Deutschland-West um 130 € pro Monat geringer als die durchschnittlichen Altersrenten der Bestandsrentner. Mit dieser Entwicklung verschlechterte sich die Einkommenssituation bezüglich der Altersrenten der Neurentner gegenüber den Bestandsrentnern erheblich.

Diese Erkenntnisse sind nützlich für unseren Kampf um die Beendigung der Strafrente, vor allem vermittelten sie uns, wie wichtig für die Altersversorgung unserer ehemaligen Mitarbeiter/innen die exakte Anrechnung der Erwerbsleistungen während ihrer Zugehörigkeit zum MfS wenigstens bis zur Beitragsbemessungsgrenze ist. □



Aus unseren TIG



Im Monat März 2011 führte unsere TIG **Anaberg-Buchholz** ihre Quartalszusammenkunft durch und es wurde dazu der ehemalige KZ-Häftling Justin Sonder aus Chemnitz eingeladen. Unser Freund musste seine Jugend in mehreren KZ verbringen und erst mit Kriegsende wurde er mit überlebenden Insassen befreit. Er war zuletzt viele Jahre Mitarbeiter der Kriminalpolizei in der BDVP Karl-Marx-Stadt.

Justin Sonder begann seine Ausführungen mit der Entwicklung des Faschismus in seiner

Heimatstadt Chemnitz und über sein Leben während dieser Zeit, welches von vielen Entbehrungen gezeichnet war. Bereits in jungen Jahren, seine Eltern waren schon inhaftiert, wurde er festgenommen und ins Konzentrationslager gebracht, wo er bis zur Befreiung durch die Rote Armee die schwersten Jahre seines jungen Lebens verbringen musste.

In der anschließenden Diskussion wurden von den Freunden sowohl eigene Erlebnisse aus der Zeit des Faschismus als auch aus dem II. Weltkrieg dargelegt.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand informierte sich über die Stellungnahme des Komitees des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen vom 20. Mai 2011 zum 5. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland über die Umsetzung der Menschenrechtskonvention. Das Komitee ist dabei der Kritik von Nichtregierungs-Organisationen (NGO) – darunter der GBM – an der Menschenrechtsslage in der BRD gefolgt und hat sich eindeutig z.B. zu Problemen der Arbeitslosigkeit, der Berechnung der Hartz IV -Sätze, der Bekämpfung der Armut, Studiengebühren und nicht zuletzt auch zu fragwürdigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes geäußert und Verbesserungen angemahnt.

★

Vertreter des Vorstandes werden am 8. Juni 2011 an einer Beratung des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE mit Verbänden und Vereinen teilnehmen, mit der ein Meinungsaustausch in der Bundestagsfraktion dieser Partei vom April 2011 fortgesetzt wird. Im Mittelpunkt der Beratungen werden dabei erneut die Rentenpolitik, aber auch die bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stehen.

★

Manfred Volland berichtete über die Vorstellung des Buches von Heinz Kessler und Fritz Streletz »Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben« und die hysterische Reaktion der Medien. Der Vorstand schloss sich seiner Auffassung an, dass dieses Buch ein bedeutendes

Zeitzeugnis darstellt und rechtzeitig vor der Hetze zum 50. Jahrestag des 13. August 1961 erschienen ist.

★

Der Vorsitzende der Revisionskommission Manfred Krumbholz erstattete den Bericht zum Haushaltsjahr 2010, der erneut den verantwortungsvollen und korrekten Umgang mit den Finanzen der ISOR bestätigte. Im Bericht enthaltene Vorschläge zur Einsparung finanzieller Mittel werden gewissenhaft geprüft. Der Schatzmeister der ISOR, dem für seine umsichtige und zuverlässige Arbeit ausdrücklich gedankt wurde, wurde für das Haushaltsjahr 2010 vom Vorstand entlastet.

★

Der Geschäftsführer Karl-Heinz Hypko legte den Bericht über die Mitgliederbewegung für den Zeitraum vom 01.10.2010 bis 31.03.2011 sowie den letzten Fünfjahreszeitraum vor und gab dazu entsprechende Erläuterungen. Danach hat sich die Zahl der Mitglieder in diesem Zeitraum auf 21.305 verringert. Das ist durch 307 Todesfälle und 279 Austritte bedingt. Dem stehen leider nur 145 Neuaufnahmen gegenüber. Gerade angesichts der 2011 zu erwartenden Entscheidungen ist nach Ansicht des Vorstandes solidarischer Zusammenhalt weiter unser wichtigstes Potenzial. Die Einbeziehung noch abseits stehender Betroffener in unserem Kampf bleibt weiter eine Aufgabe von elementarer Bedeutung.

Freund Justin Sonder, er ist mittlerweile über 85 Jahre und langjähriges Mitglied von ISOR, bedankte sich für die Einladung zur TIG Annaberg-Buchholz und brachte gleichzeitig zum Ausdruck, dass wir überhaupt die erste TIG gewesen seien, die ihn zu seinem Vortrag eingeladen hätten.

Darüber hinaus kommen Mitglieder unserer TIG quartalsmäßig in einem CLUB zusammen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen und neben vereinsinternen Problemen auch andere Themen wie Verkehrsschulungen, Ärztevorträge u.a. zu behandeln. **Roland Porges**

★

>>> Fortsetzung auf Seite 4

>>> Fortsetzung von Seite 3

Am 14. Mai 2011 nahmen über einhundert Vereinsfreundinnen und Vereinsfreunde der TIG Gera an unserer Vollversammlung aus Anlass des zwanzigjährigen Jubiläums des Bestehens der ISOR e.V. teil. Wir verzichteten mit Bedacht auf einen streng protokollarischen Ablauf, gestalteten viel mehr für diese Jubiläumsveranstaltung eine Atmosphäre geselligen Beisammenseins. Das Hauptanliegen dieser Veranstaltung bestand darin, »die Aktivisten der ersten Stunde« auch namentlich zu benennen; ihnen für ihr langjähriges Wirken zu danken, die Aktivitäten der 28 Gruppenbetreuerinnen und Gruppenbetreuer hervorhebend zu würdigen, den Vorstandsmitgliedern für ihr planmäßiges Wirken Dank zu sagen sowie die wesentliche Bedeutung der Bewahrung unseres weiteren Gesamtzusammenhaltes hervorzuheben.

Der Mitgliederbestand der TIG Gera konnte durch Mitgliedergewinnung weitestgehend gleichbleibend gestaltet werden. Die ständig aktiv tätigen Vereinsfreundinnen und Vereinsfreunde wurden mit Bedacht namentlich gewürdigt und entsprechend der gegebenen Möglichkeiten prämiert. Diese Ehrungen nahmen die Versammlungsteilnehmer durchgehend positiv an und bedachten sie verdientermaßen mit starkem Beifall. Die Grundzüge der auch künftigen Handlungsmotivationen unserer Mitglieder ergeben sich wesentlich aus Inhalten der Artikel 1, 3 und 14 des Grundgesetzes dieses Staates, aus denen wir das Recht ableiten, auch fortgesetzt um eine rechtskonforme Rentenversorgung, versus »AAÜG § 7«, zu kämpfen. Im Ergebnis von Individualgesprächen war der pauschal gegebene Wille unserer Vereinsfreundinnen und Vereinsfreunde erkennbar, in diesem Sinne unser gemeinsames Handeln fortzusetzen. Kinder des Tanzvereins der Schule Gera-Langenberg vermittelten durch ihre Darbietungen unseren Veranstaltungsteilnehmerinnen und Veranstaltungsteilnehmern viel Freude und Frohsinn.

Wolfgang Willms



Der Vorsitzende von ISOR Horst Parton informierte 110 Mitglieder der TIG Marzahn über den Stand der politischen und juristischen Auseinandersetzung zur Beseitigung des Rentenunrechts und des Rentenstrafrechts. Die erhobenen Forderungen wurden durch den Vorsitzenden der LINKEN des Bezirks Marzahn-Hellersdorf Norbert Seichter unterstützt.

Die Aufgaben zur Beseitigung des Rentenunrechts und des Rentenstrafrechts wurden im Wahlprogramm der Bezirksorganisation Marzahn-Hellersdorf festgeschrieben. Ein Thema des Wahlkampfes ist die Unterstützung der



Erklärung

Mit einer neuen Runde setzt die Bundesrepublik auch zwanzig Jahre nach der staatlichen Vereinigung weiter auf Spaltung und Unfrieden in Deutschland. Neben der Fortführung gravierender sozialer Benachteiligungen Ostdeutscher muss erneut die ahistorische und rechtswidrige These vom „Unrechtsstaat“ herhalten, um die sozialistische DDR zu diffamieren und von eigenen Problemen abzulenken.

Höchste Repräsentanten der BRD bis zu Vertretern eigens dafür geschaffener Institutionen und Organisationen sowie scheinbar unpolitische Gremien bekunden in Äußerungen und Handlungen ihre Absicht, jegliche Bemühungen um eine innere Einheit zu hinterreiben und die Atmosphäre von Hass und Hetze neu zu entfachen. Erfindungen von angeblichen Untaten in DDR-Gefängnissen aus dem Munde des Bundespräsidenten, Ankündigungen neuer Methoden der „Aufarbeitung“ durch den „Stasi-Beauftragten“, Kriminalisierung des Spitzens- und Breitensports der DDR sowie medienwirksame Verfolgung und öffentliche Anprangerung von ehemals Verantwortlichen aus Sicherheit und Justiz der DDR, die Diffamierung der Lebensleistung hochverdienter Persönlichkeiten wegen ihrer politischen Anschaufungen, sind Bestandteil einer Politik, die den Kalten Krieg im eigenen Lande nie beendet hat. Inzwischen wurde im Land Brandenburg sogar mit der „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ begonnen, weil der dort nach 1990 beschrittene Weg der Abrechnung nicht scharf genug gewesen wäre.

Da die Bevölkerung, vor allem auch Jugendliche, wenig Interesse an solcher Geschichtsbetrachtung zeigt, ja sogar überwiegend ein positives DDR-Bild hat, werden ernsthafte Überlegungen angestellt, wie zwangsweise die offiziell herrschende Politik vermittelt werden kann, z. B durch „verpflichtende Gedenkstättenbesuche“ für Schüler.

Diese nunmehr über Jahrzehnte mit hohem finanziellem Einsatz betriebene und erneut eskalierte Politik der Diskriminierung und würdelosen Behandlung von Menschen ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen das eigene Grundgesetz.

Die GRH verurteilt diese menschenrechtswidrige Praxis auf das Schärfste und fordert endlich Schluss zu machen mit einer solchen Politik des Unfriedens in Deutschland. Sie erklärt sich solidarisch mit den Opfern dieser Menschenrechtsverletzungen und wird sich auch weiterhin vorbehaltlos für ihre Rechte und Interessen einsetzen.

Berlin, den 24. Mai 2011

Hans Bauer
Vorsitzender der GRH e.V.

Dieter Stiebert
Geschäftsführer der GRH e.V.

19 Anträge der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE zur Rentenüberleitung Ost.

Durch Horst Parton wurde an Hand der Ergebnisse der juristischen und der politischen Arbeit von ISOR-Strukturen und anderen Organisationen die Hoffnung auf eine Lösung der Probleme verbunden. Das erfordert erneute Anstrengungen in allen Strukturen von ISOR und ihr aktives Wirken in anderen Verbündungen.

Vorstand der TIG Marzahn



Über 40 Mitglieder und Sympathisanten der TIG Stralsund folgten am 12. Mai 2011 der Einladung des Vorstandes, um sich auf die im September anstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern einzustimmen.

Gäste der Veranstaltung waren Frau Dr. Marianne Linke und Frau Maria Quintana-Schmidt

– beide stellen sich als Kandidatinnen der Partei Die Linke zu dieser Wahl – und weitere Mitglieder der Linksfraktion in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund.

Beide Kandidatinnen erläuterten ihre Wahlziele und informierten darüber, wessen Interessen sie nach erfolgreicher Wahl im Landtag vertreten werden. Ihr Hauptanliegen wird darin bestehen, konsequent für soziale Gerechtigkeit einzutreten und sich für die sozial Schwachen und Benachteiligten in dieser Gesellschaft einzusetzen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden von den Anwesenden – bedingt durch die Altersstruktur der Versammelten – jene Ausführungen verfolgt, die die Sorgen und Nöte der älteren Generation betreffen, so zum Thema Rentengerechtigkeit, Beseitigung jeglicher rentenrechtlicher Diskriminierung und Respektierung der

>>> Fortsetzung auf Seite 5

>>> Fortsetzung von Seite 4

Lebensleistung von DDR- und Altbundesbürgern in gleicher Weise.

In Sorge um unsere Kinder und Enkel sind die Abschaffung der Rente mit 67, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, welcher ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglicht sowie Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen von besonderer Bedeutung und Ziel unseres gemeinsamen politischen und juristischen Handelns. **Vorstand der TIG Stralsund**

Aus der Postmappe:

Man braucht kein gestandener Politiker zu sein, um zu erkennen, dass alle Bemühungen der Oppositionsparteien, wie im konkreten Fall genannt DIE LINKE mit 19 Anträgen, im Bundestag scheitern, weil es einfach aus politisch taktischen Gründen von den Regierungsparteien immer abgelehnt wurde bzw. weiter auf jegliche Ablehnungen stoßen wird. Obwohl ich überzeugt bin, dass bestimmt viele Abgeordnete der Koalition die Problematik der Altersicherung unterstützen, scheitert dies letztlich an ihrer falschem Fraktionsdisziplin und dem Ziel ihrer Partei nicht zu schaden. Nun die Frage dazu, kann man dieser Regierung noch trauen, ich habe es gänzlich verloren.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen

Veranstaltungen:

Einladung

des Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. zur Preisverleihung für Solidarität und Menschenwürde an den Präsidenten der Republik Kuba, Raúl Castro.
Laudatio: Heinz Kessler, Verteidigungsminister a.D. der DDR
In Anwesenheit des Botschafters der Republik Kuba, Raúl Beerra.
Am Sonntag, 19. Juni 2011 um 15.00 Uhr
Im Münzenbergsaal des ND-Hauses in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1.

Von Mitglied zu Mitglied:

Natur – Ruhe – Erholung
Uckermark-Urlaub Tel.: 039883-386
www.efeuhaus-uckermark.de



Urlaub in der Sächsischen Schweiz
Vermietete gemütliches Ferienhaus
In ruhiger Waldlage in Sebnitz-Hertigswalde
Für 2 Personen/NR, keine Haustiere
von Mai bis Oktober
Tel: 035200 20084

Auf dem Büchermarkt:

Horst Schneider

Artikel 23: kein anschluss unter dieser nummer

(auruspress Dresden 2011)
150 Seiten, 9,90 Euro,
ISBN 978-3-940183-07-1

»Es wird nicht jedem gefallen, was Horst Schneider in dieser Schrift veröffentlicht. Aber: Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Und davon hat der Professor sehr viele zusammengestellt, die die Geschichte und Gegenwart der deutschen Einheit vom Kopf wieder auf die Füße stellen«, beginnt Egon Krenz sein Geleitwort. Horst Schneider untersucht Verstöße gegen das Völkerrecht, gegen das provisorische Grundgesetz der BRD und die von den Bürgern legitimierte Verfassung der DDR, die gleichberechtigte Stellung beider deutscher Staaten im UNO-System, gegen die Prinzipien von Helsinki und das gültige internationale Vertragssystem. Ein wahrheitsgemäßes Geschichtsbild verlangt, die Entwicklung beider deutscher Staaten mit ihren Aktionen und Reaktionen miteinander zu verbinden wie siamesische Zwillinge.

Schneider analysiert, dass die »Wiedervereinigung«, vor der Willy Brandt eindringlich gewarnt hat, nur die Tarnformel für die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus ist. Das verhängnisvolle Ergebnis spüren heute Deutsche in Ost und West und Europäer gleichermaßen.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.05.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.06.2011

Einstellung im Internet: 08.07.2011

Auslieferung: 14.07.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr